

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/

2. April 1973

Hundert Tage progressive Koalition

Eine positive Zwischenbilanz in Bonn

Seite 1 / 37 Zeilen

Rainer Barzel isoliert die Union

Ablehnung der Gemeinsamkeit auch im nationalen
Bereich

Seite 2 / 38 Zeilen

Der Mehrheitsmißbrauch im Bundesrat

Vier Punkte gegen die Taktik der CDU-CSU-
Länder

Von Dr. Hubert Weber MdB
Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des
Bundestages

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Freiheitlicher Sozialismus

Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exter
5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 885 848 / 886 847/
888 849 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Hundert Tage progressive Koalition

Eine positive Zwischenbilanz in Bonn

Nach den ersten hundert Tagen der zweiten sozialliberalen Koalition ist von beiden Regierungsparteien eine Art Zwischenbilanz gezogen worden. Dabei ist vor allem die Frage gestellt und beantwortet worden, wie sich diese Zusammenarbeit bisher gestaltet hat und wie es mit dieser Kooperation weitergehen wird. Für die Sozialdemokraten hat deren Parteivorsitzender Willy Brandt erklärt, übrigens nach beiden Seiten gewandt, daß der, der die Chance des konstruktiven Zusammenwirkens von Sozialdemokraten und Freien Demokraten verkennt, an der Politik vorbei denkt. Und für die Freien Demokraten hat deren stellv. Vorsitzender, der Fraktionsvorsitzende im Bundestag Wolfgang Mischnick, den Richtlinienlogan gefunden: "Koalitionstreue ja, Koalitionsblindheit nein."

Die Zwischenbilanz ist also positiv und, in der gebotenen Form, sachlich-nüchtern. Die Formulierungen Brandts und Mischnicks ergeben, zusammengeführt, zugleich das Programm für die weiteren dreieinhalb Jahre dieser zweiten sozialliberalen Koalition: nicht nur in Bonn, sondern auch in den Ländern. Der politische und realitätenbezogene freie Beschluß, im Interesse der Bundesrepublik und ihrer Menschen progressiv zusammenzuwirken und das Gebot des Grundgesetzes zu verwirklichen, nämlich aus der Bundesrepublik eine soziale Demokratie zu formen und sie mit Leben zu füllen, gilt unverändert weiter: in Koalitionstreue ohne Koalitionsblindheit.

Das bedeutet, daß die Koalitions-Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Liberaldemokraten gegenseitige Kritik keineswegs ausschließt. Man muß auf beiden Seiten nur wissen, wo diese Kritik die Grenzen des Konstruktiven erreicht oder gar schon tangiert und wo sie dann ins Negative umschlagen könnte. Wenn beide Seiten aus politischer Vernunft entschlossen sind, unter dieser Maxime miteinander zu leben und miteinander zu wirken, dann lösen sich viele Probleme von selbst. Auch für die Flügelgruppierungen in beiden Lagern, die jeweils im Bereich des anderen Partners fortschrittbedrohende Bremser oder radikalisiertende Umstürzler sehen zu müssen glauben.
(ee/2.4.1973/bgy/ee)

+ + -

Rainer Barzel isoliert die Union

Ablehnung der Gemeinsamkeit auch im nationalen Bereich

Wiederholt hat die Bundesregierung den Unions-Parteien Gemeinsamkeit in existenziellen wichtigen nationalen Fragen angeboten. Manche verbale Bekundungen führender Unions-Politiker ließen die Erwartung aufkommen, daß dieses Angebot günstige Resonanz finden werde; doch diese Erwartung trug. Für den Parteivorsitzenden der CDU und Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, gibt es keine Gemeinsamkeit in nationalen Fragen. Damit treibt er sich selbst und seine Union in die Isolierung. Er hat sogar eine vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Ravens, ergangene Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung aller Fraktionsvorsitzenden abgelehnt, in der die bevorstehende parlamentarische Arbeit besprochen werden sollte. Dies ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Er macht den Trennungsgraben sichtbar, den die Opposition zwischen sich und die Regierung und die sie tragenden Parteien aushebt.

Offensichtlich finden die Unions-Parteien durch die Flucht in die Negation die einzige Möglichkeit, um den in ihr wirkenden auseinanderstrebenden Entwicklungen entgegenzuwirken und die in ihr herrschenden Rivalitäten noch einigermaßen zu überbrücken. Sind sie unfähig, aus ihrer Wahlniederlage vom 19. November 1972 zu lernen? Sie halten an überholten Positionen fest und verletzen dabei die Gesetze der Logik und die Gebote der politischen Vernunft. Sie werden gegen den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abgeschlossenen Grundlagenvertrag, dessen Ratifizierung in diesem Frühjahr ansteht, stimmen, befürworten aber gleichzeitig die Aufnahme der BRD in die Vereinten Nationen, obwohl sie wissen, daß der Eintritt gleichzeitig mit der DDR als Vertragsfolge geschieht. Die Union bemängelt, daß die Früchte dieses Vertrages, der ja noch nicht ratifiziert ist, bisher noch nicht voll zum Tragen gekommen sind, übersehen aber dabei, daß inzwischen viele Millionen Bürger in den Genuß der Erleichterungen im Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten gekommen sind, was ihnen in 20jähriger CDU/CSU-Herrschaft versagt gewesen war.

Die letzten Äußerungen von Dr. Barzel beleuchten einen jammervollen Zustand der Unions-Parteien. Sie stellen sich blind gegenüber den Forderungen nationaler und europäischer Politik. Als politisch gestaltende Kraft, die immerhin 45 vH. der Wähler repräsentiert, haben sie sich selbst ins sterile Abseits gestellt. Konstruktives ist von ihnen für viele Jahre wohl kaum zu erwarten.

(ex/2.4.1973/bgy/ex)

+ + +

Der Mehrheitsmißbrauch im Bundesrat

Vier Punkte gegen die Taktik der CDU/CSU-Länder

Von Dr. Hubert Weber MdB

Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Der Bundesrat hat mit der Mehrheit seiner CDU/CSU-Mitglieder das stabilitätspolitische Programm der Regierung abgelehnt. Er handelt damit verfassungswidrig und mit seinen Änderungsvorschlägen unsozial.

1/ Nach Artikel 50 Grundgesetz wirken die Länder durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung des Bundes mit. Es ist unter allen Verfassungsrichtern unstreitig, daß nach dem Aufbau des Grundgesetzes die Befugnisse des Bundesrats auf die ihm zugeordneten Angelegenheiten beschränkt sind. Durch die Einnischung in die wirtschafts-, stabilitäts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen überschreitet der Bundesrat die ihm verfassungsrechtlich eingeräumten Befugnisse. Sein Verhalten führt dazu, daß der CDU/CSU im Bundestag mittelbar die Macht verschafft wird, die ihr von Wähler abgesprochen worden ist. Wahlen zum Bundestag bringen den Willen des Wählers zum Ausdruck, welche Partei seine Vorstellungen im Bundestag realisieren soll. Die Blockade von Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung, oder ihre unzulässige Verknüpfung mit anderen Bedingungen, führt dazu, daß dem Wählerwillen widersprechende Entscheidungen durch andere Organe eingeräumt werden. Das ist verfassungswidrig.

2/ Das Verhalten der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats ist wirtschaftspolitisch nicht vertretbar. Es läuft auf eine Blockie-

rung der gesamten Konjunkturpolitik der Regierung heraus. Das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung hat allgemein Anklang gefunden. Die Vorschläge der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats enthalten dagegen nichts, was auf mehr Stabilität hoffen ließe. Die Vorschläge der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats greifen auch deshalb nicht, weil sie in der notwendig kurzen Zeit nicht zu realisieren sind. Damit verlieren sie konjunkturpolitisch ihren Sinn. Wenn die CDU/CSU im Bundestag nach Maßnahmen der Regierung zur Einschränkung des Preisauftriebs ruft, dann mag sie wieder einmal mehr auf das widersprüchliche Verhalten ihrer Parteifreunde im Bundesrat hingewiesen werden.

3/ Die Vorschläge und Kopplungsversuche der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrats sind unsozial. Das gilt für die Einführung einer allgemeinen Konjunkturzulage ebenso wie für die Ablehnung des Stabilitätspakets im Gesamten. Die Stabilitätsabgabe insbesondere im Bereich der Körperschaftssteuer soll gerade da eingreifen, wo Gewinnexplosionen durch übersteigerte Preistendenzen entstanden sind.

4/ Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat fordert im Sinne einer Kopplung die sofortige Reform der Kfz-Steuer. Seit Jahren fehlen auf diesem Gebiet sinnvolle Vorschläge des Bundesrats. Die CDU-Ländervertretungen fordern erst jetzt die Reform der Kraftfahrzeugsteuer, aber sie hätten schon lange Zeit gehabt, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Der jetzige Vorschlag, ein Zwei-Plaketten-Verfahren einzuführen, ist unsozial. Wenn alle Fahrzeuge bis 130 PS in der einen Gruppe zusammengefaßt werden sollen, führt dies praktisch zur Einheitssteuer. Der Vorschlag des Bundesrats ist auch unreell, weil er zu einem Steuerausfall der Länder führt. Es ist aber ein Spiel mit gesunkenen Karten, dann gleichzeitig einen höheren Anteil an Bundessteuern zu fordern.

(-/2.4.1973/ks/5A)

Freiheitlicher Sozialismus

Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis

Den Titel "Freiheitlicher Sozialismus" trägt ein Buch, das damit mitten hinein in aktuelle Diskussionen zu zielen scheint, und dies auch tut, und das gleichzeitig Prof. Dr. Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag gewidmet ist. Selbst wenn diese Sammlung von Beiträgen der Schüler und Freunde Weissers nur den einen Zweck hätte, auf Jahrzehnte zurückliegende Arbeiten hinzuweisen, die heute Modisches in logisch und sachlich wesentlich gediegener Form vorweggenommen haben - wie etwa die Diskussion um "Wachstumsfetichismus" und "Lebensqualität" -, dem könnte sie nützlich sein. Aber das ist nur ein Nebenaspekt.

Hier wird vor allem von einer Reihe jüngerer Wissenschaftler ein - wenn auch keineswegs vollständig entwickeltes - gedankliches Gerüst einer Theorie des freiheitlichen Sozialismus vorgestellt, das, so könnte es scheinen, positivere Ansatzpunkte praktischer sozialer und demokratischer Reformpolitik bietet als die Modifikationen des Neomarxismus, die zur Zeit gerne zur einfachen Erklärung komplizierter Sachverhalte herangezogen werden.

Besonders erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Beiträge von Prof. Lothar F. Neumann "Prolegomena zu den sozialphilosophischen, wissenschaftstheoretischen und sozialpsychologischen Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Sozialismus" und von Prof. Heiner Flohr "Einige Überlegungen zur Freiheit des Sozialisten". Sie werden ergänzt und erläutert durch Beiträge von Dr. Susanne Müller "Zur Rezeption des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie", von Prof. W.W. Engelhardt "Robert Owen als freiheitlicher Sozialist", Prof. Georg Eckert "Auf dem

Weg nach Godesberg - Zur Erinnerung an die Kulturkonferenz der SPD in Ziegenhain" und Prof. Dr. Peter von Oertzen "Die Zukunft des Godesberger Programms / Zur innerparteilichen Diskussion in der SPD". Besonders denen, die einen Weg der SPD weg von Godesberg fürchten oder wünschen, sei der Beitrag des niedersächsischen Kultusministers zur Lektüre dringend empfohlen.

Es ist hier nicht möglich, alle Beiträge auch nur zu erwähnen. Hingewiesen sei aber noch auf zwei Aufsätze, die sich mit den Problemen längerfristiger politischer Planung in demokratischen Gesellschaften befassen und deshalb für die methodische Diskussion um den "Orientierungsrahmen 85" von besonderem Interesse sind. Prof. K. Lompe schreibt zum Thema "Aspekte politischer Planung aus der Sicht des freiheitlichen Sozialismus" und Prof. Reimut Jochimsen zusammen mit Volker Schmidt über "Mehr Freiheit und Gerechtigkeit durch flexible Planung: Das Beispiel Bildung". Gewichtige Beiträge schließlich steuern Gewerkschaftler wie H.-O. Vetter, Heinz Klunker und (posthum) Otto Brenner bei. Sie repräsentieren eine Generation freiheitlich-sozialistisch geprägter Arbeiterführer, deren gewerkschaftliche und politische Leistung vielleicht heute noch nicht voll gewürdigt werden kann.

Zusammenfassend: In der publizistischen Landschaft der Linken fehlte seit langem eine Veröffentlichung, die die etwas eintönige Melodie des Neomarxismus kontrapunktiert, die neue Positionen setzt, die zwar viele Fragen offen läßt, aber auch darauf hinweist, was freiheitliche Sozialisten in den letzten Jahrzehnten geistig erarbeitet haben; mögen sie nun Gerhard Weisser oder anders heißen. Wer zu den politischen Grundfragen des demokratischen Sozialismus sachkundig mitsprechen will, darf an dieser Veröffentlichung nicht vorbeigehen.

Dr. Horst Heidermann
(-/2.4.1973/ks/dx)

"Freiheitlicher Sozialismus". Bonn-Bad Godesberg, Verlag "Neue Gesellschaft". 256 Seiten-Broschüre DM 20,-.